

AfD-Demo endet mit Spende für Afrika

Zuvor stellen sich in Salem mehr als 300 Menschen rund 30 Demonstranten in den Weg

Von Jens Lindenmüller

SALEM - Mehr als 300 Menschen stellen sich am Samstagmittag in Salem einem Aufmarsch der AfD entgegen und versperren den Zugang aufs Firmengelände des Bauunternehmens Straßer. Wegen einer Unterkunft für Geflüchtete in Mimmehausen hatte die AfD mobil gemacht. Nach einer Kundgebung und einem Demonstrationstreffen durch den Ort sollte der Vermieter des Gebäudes, Bernhard Straßer, an dessen Firmensitz öffentlich zur Rede gestellt werden. Der versteckt sich nicht, sondern erläutert sein Handeln und seine Sichtweise – und holt die AfD zum Schluss für eine großzügige Afrika-Spende ins Boot.

Etwas mehr als 30 Frauen und Männer sind es, die sich um kurz vor 14 Uhr vor der ehemaligen Markthalle in Mimmehausen versammelt haben, um der Kundgebung der AfD zu folgen. Das personelle Aufgebot der Polizei ist größer. Und das der Gegendemonstranten sowieso – obwohl die eigentliche Gegenveranstaltung zeitgleich ein paar hundert Meter entfernt stattfindet. „Es war uns wichtig, auch hier Präsenz zu zeigen“, sagt Klaus Bäuerle, der für die Grüne offene Liste Mitglied im Salemer Gemeinderat ist. Seine Fraktionsvorsitzende Petra Karg steht direkt neben ihm und betont, dass beide nicht als Gemeinderäte, sondern als Privatpersonen vor Ort seien.

Zwischen 80 und 90 solche Privatpersonen dürften es insgesamt wohl sein, die das Geschehen auf dem Kundgebungsplatz mit etwas Abstand verfolgen. Einige halten Schilder mit Botschaften wie „Solidarität statt Hetze“ in die Höhe, viele skandieren „Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda“. Manche beschränken sich aber



Rund 400 Menschen stellen sich der AfD am Firmengelände des Bauunternehmens Straßer entgegen.

FOTOS: JENS LINDENMÜLLER

auch aufs Beobachten. Und so ist auch nicht bei allen gleich klar, ob sie auf der einen oder der anderen Seite stehen – oder irgendwo dazwischen.

„Wir sind uns einig, dass wir auch dafür sorgen müssen, dass die Menschen keine Notwendigkeit mehr haben, zu uns zu kommen.“

Bernhard Straßer

Letzteres trifft auf drei Damen auf der gegenüberliegenden Straßenseite zu. Sie wohnen in der Nachbarschaft und sehen die Unterbringung von Geflüchteten in der ehemaligen Markthalle kritisch. „Man sieht ja, zu welchen Problemen solche Unterkünfte in anderen Orten schon geführt haben“, sagt eine der Frauen, die wie die beiden anderen ihren Namen nicht in der Zeitung lesen will. Alle drei finden, dass manches, was die AfD anspreche, „Hand und

Fuß“ habe, die Partei aber „zu rigoros, zu aggressiv“ sei. Deshalb bleiben sie lieber auf Abstand.

Abstand von der Kundgebung nehmen will auch ein weiterer Beobachter, allerdings aus anderem Grund: „Eine Schande ist das, was hier passiert. Was da erzählt wird, ist ein einziger Krampf. So viel Dummheit – ich muss jetzt gehen“, sagt er und wendet sich ab.

Am Kundgebungsmikrofon der AfD ist derweil die Rede von „Ausläufern eines Tsunamis“, die jetzt auch unsere Region erreichen. Und davon, dass nun das „Verhängnis“ über uns hereinbrechen werde. Wobei einer der Redner betont: „Wir demonstrieren nicht gegen die Leute, die hier einziehen.“ Im Aufruf zur Kundgebung hatte die AfD mit Blick auf diese Leute noch konstatiert: „Unsere Straßen werden unsicher: Vergewaltigungen und Messerstechereien steigen an.“ Zu den

Beobachtern der Szenerie gehören auch Kazuo Teranishi und Anke Laskey. Sie berichten für Asahi Shimbun, mit einer gedruckten Auflage von mehr als vier Millionen Exemplaren nicht nur die zweitgrößte Zeitung Japans, sondern auch die zweitgrößte Zeitung der Welt. „Seit 2015 hat Asahi Shimbun immer wieder über die deutsche Flüchtlingspolitik berichtet“, sagt Laskey. Auch wenn Japan selbst nicht so viele Geflüchtete aufnehme wie

Deutschland, stoße das Thema dort auf großes Interesse. Und eben nicht nur das, was sich dazu in Berlin abspielt, sondern auch, wie kleine Kommunen wie Salem mit der Situation umgehen.

Nach der Kundgebung formieren sich die Demonstranten zum Aufmarsch Richtung Gewerbegebiet Neufach. Empfangen werden sie dort von einer Kette aus mehr als 300 Menschen, die ihnen den Weg aufs Firmengelände von Bernhard Straßer versperren

Kommentar

Von Jens Lindenmüller

Chapeau Salem, Chapeau Bernhard Straßer

Die Maske ist gefallen. Wer die AfD im Bodenseekreis bislang als vergleichsweise gemäßigt wahrgenommen hat, ist schon im Vorfeld der Kundgebung in Salem eines Besseren belehrt worden.

Natürlich ist es legitim, die Flüchtlingspolitik zu kritisieren. Natürlich darf man vor Konflikten im Umfeld von Gemeinschaftsunterkünften warnen. Und natürlich gilt das Recht auf freie Meinungsäußerung auch für die AfD. Wer aber von „millionenfachem Bevölkerungsaustausch“ schwadroniert und schon vor der Ankunft der ersten Bewohner eine Zunahme

von Vergewaltigungen und Messerstechereien als unabänderliche Tatsache darstellt, der übertreibt keine Meinung, sondern betreibt rassistische Hetze und schürt bewusst Ängste.

Den Gipfel der Abscheulichkeit hat die AfD erreicht mit ihrem Versuch, Bernhard Straßer öffentlich an den Pranger zu stellen. Nichts anderes war der Aufmarsch vor Straßers Firmensitz. Wer wirklich am Austausch von Argumenten und Meinungen interessiert ist, tut das auf andere Weise und bedient sich nicht Methoden, die ans finstere Mittelalter erinnern. Oder an jene ganz besonders finst-

ren Zeiten in Deutschland, die erst knapp 90 Jahre her sind.

Dass dieser Versuch der AfD jäh gescheitert ist, weil sich den rund 30 Aufmarschierenden mehr als zehnmahl so viele Menschen lautstark entgegengestellt haben, macht Mut. Denn es zeigt, dass die Bürger sich nicht so leicht für dumme Verkäufe lassen. Wie souverän Straßer mit der Situation umgegangen ist und die AfD geschmeidig für eine Afrika-Spende ins Boot geholt hat, davor kann man den Hut ziehen. Chapeau Salem, Chapeau Bernhard Straßer!

✉ j.lindenmueller@schwaebische.de



Zum Schluss ist die Anzahl der AfD-Demonstranten noch überschaubarer als zu Beginn der Kundgebung.



Unternehmer Bernhard Straßer erläutert seine Sichtweise.

Studie zeigt bei Wasserstoff Handlungsbedarf

IHK fordert länderübergreifende Infrastruktur – Kritik an Ausdünnung in Grenznähe

FRIEDRICHSHAFEN (sz) - In einer nachhaltigen Energieversorgung wird Wasserstoff zum zentralen Pfeiler der Versorgungssicherheit – insbesondere für den industriell geprägten Wirtschaftsraum Bodensee, schreibt die IHK Bodensee-Oberschwaben. Zum Aufbau der notwendigen Infrastruktur sei dabei demnach eine grenzüberschreitende Planung eine wichtige Voraussetzung. Eine Studie im Auftrag der Bodensee-Industrie- und Handelskammern skizziert nun den Handlungsbedarf. Die IHK-Verbände reagieren damit auf die Wasserstoffstrategie des Bundes. Darin komme der Süden und damit auch die Bodenseeregion zu kurz.

Um die Debatte hin zu einer grenzüberschreitenden Wasserstoffinfrastruktur zu intensivieren, gab die Vereinigung der Bodensee-Industrie- und Handelskammern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz (Bodensee-IHKs) eine Studie in

Auftrag. Diese skizziert den Planungsstand in den Regionen um den Bodensee und stellt erste Überlegungen zu einer grenzübergreifenden Planung vor.

Durchgeführt wurde die Studie von Professor Markus Friedl. Friedl ist Leiter des Instituts für Energietechnik der OST – Ostschweizer Fachhochschule, eines Kompetenzzentrums in den Themenfeldern Wasserstoff und Power-to-X. Vor dem Hintergrund der Energiewende wird Wasserstoff in wohl jedem Energiesystem ein zentraler Pfeiler werden, wie die Studie aufzeige. Gerade in der Industrie gibt es Prozesse, die sich kaum mit elektrischer Energie ersetzen lassen.

Entsprechend müsse in allen Ländern der industriell geprägten Bodenseeregion den teilweise erkennbaren Bestrebungen beim Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Als Problemstellung für die Bodenseeregion

zeichne sich dabei jedoch ab, dass die Infrastruktur zu den Ländergrenzen hin ausgedünnt werde, statt länderübergreifend geplant zu werden.

Die Bestrebungen zu einer zukunftsfähigen Wasserstoffinfrastruktur in der Bodenseeregion müssten länderübergreifend koordiniert werden. Bruchstellen im Versorgungsnetz entlang nationaler Grenzen würden die Versorgungssicherheit der Region als Ganzes beeinträchtigen und wären wirtschaftlich ineffizient. Entsprechend müsse die Zusammenarbeit entlang mehrerer Dimensionen intensiviert werden: Zum einen müssten regulatorische Vorhaben auch in der EU mit denen in der Schweiz abgestimmt werden – dem gelte es, in den nationalen Strategien Rechnung zu tragen.

Einmal mehr zeige sich dabei auch die Wichtigkeit von rechtssicheren bilateralen Beziehungen in der Bodenseeregion. Zum an-

deren betone die Studie auch die Wichtigkeit einer koordinierten Planung von Produktion, Import und Nachfrage beim Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur: Entsprechend müssten die relevanten Akteure grenzübergreifend zusammenarbeiten. Analog zu anderen Grenzregionen erscheine dafür eine Koordinationsplattform die richtige Option.

In der Vereinigung der Bodensee-Industrie- und Handelskammern (Bodensee-IHKs) haben sich sechs Wirtschaftskammern mit Sitz in drei Ländern zusammengeschlossen. Sie fördern den Wirtschaftsraum rund um den Bodensee als eigenständige, wettbewerbsstarke Region. Die B-IHK umfasst aus Deutschland die IHKs Bodensee-Oberschwaben, Hochrhein-Bodensee und Schwaben, aus Österreich die Wirtschaftskammer Vorarlberg, sowie aus der Schweiz die IHK St. Gallen-Appenzell und die IHK Thurgau.

Kurz berichtet

Schwerer Unfall auf B 31 nach Wendemanöver

ÜBERLINGEN (sz) - Nach einem Wendemanöver auf der B 31, das am Freitag gegen 13 Uhr zwischen Stockach und Überlingen zu vier Verletzten Personen geführt hat, ermittelt die Verkehrspolizei wegen Straßengefährdung. Ein 30 Jahre alter Opel-Fahrer hatte laut Polizeibericht offensichtlich bemerkt, dass er in die falsche Richtung, nämlich nach Überlingen, unterwegs war. Er wollte daraufhin im dreispurigen Teilbereich in einer Nothaltebuchung wenden.

Hierbei kollidierte er seitlich mit dem VW eines 70-jährigen, der ebenfalls in Richtung Überlingen unterwegs war. Sowohl der 30 Jahre alte Unfallverursacher als auch seine Beifahrerin und der VW-Fahrer zogen sich

bei der Kollision leichte Verletzungen zu. Ein Rettungsdienst brachte sie zur ärztlichen Untersuchung in ein Krankenhaus.

Die Beifahrerin im VW erlitt derweil schwerere Verletzungen und wurde durch einen Rettungshubschrauber in ein Krankenhaus geflogen, schreibt die Polizei. Den beim Unfall entstandenen Sachschaden schätzte sie auf insgesamt rund 40.000 Euro. Während

der Unfallaufnahme und der Aufräumarbeiten war die Bundesstraße bis gegen 16.30 Uhr gesperrt. Die Verkehrspolizei beschlagnahmte noch vor Ort den Führerschein des Unfallverursachers, zudem musste der ausländische Fahrer zur Sicherung des Verfahrens einen vierstelligen Euro-Betrag hinterlegen.

